



Presseinformation

01.02.2013

Pressestelle

Ministerium für
Inneres und Kommunales des
Landes Nordrhein-Westfalen

Telefon 0211 871 2300/2301
Telefax 0211 871 2500

pressestelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

**Rede von NRW-Innenminister Ralf Jäger zum
"NPD-Verbotsverfahren" im Bundestag**

am 01.02.2013

in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort.



Anrede,
heute führt der Bundestag eine Debatte über ein Verbotsverfahren gegen die NPD.

Auch wenn ich hier Gast bin, so glaube ich doch zu wissen, was viele von Ihnen hier - genauso wie ich - jetzt denken: diese Debatte wurde aber auch Zeit!

Anrede,
im Bundesrat beschäftigen wir uns seit vielen Jahren mit der Möglichkeit, ein Verbotsverfahren einzuleiten.

Wir haben in unseren jeweiligen Bundesländern und Stadtstaaten viel Zeit und Mühen investiert, um diese menschenverachtende Partei davon abzuhalten, ihre verfassungsfeindlichen Parolen zu verbreiten.

Das haben wir nicht getan, bloß weil wir die Gelegenheit dazu haben. Als gewählte Vertreter des Volkes haben wir die Pflicht, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um die höchsten Werte unserer Verfassung zu schützen:

Die Würde des Menschen. Die freie Entfaltung der Persönlichkeit. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person.

Anrede,
wir leben in einem demokratischen Staat. Demokratie - das ist für mich mehr als nur ein Begriff, mehr als ein Wort, das im Grundgesetz unserer Mütter und Väter steht.
Es ist eine Errungenschaft, auf die Deutschland stolz sein kann. Viele



Frauen und Männer haben im Laufe der deutschen Geschichte ihr eigenes und das Leben ihrer Familien riskiert, um für die Demokratie zu kämpfen. Diese Menschen haben das Fundament unserer heutigen Gesellschaft erschaffen.

Mich persönlich hat es stolz gemacht, dass sich der Bundesrat am 14. Dezember 2012 dazu entschlossen hat, diese Werte - für die sich Mütter und Väter unseres Grundgesetzes eingesetzt haben - nicht herschenken zu wollen.

Das ist mehr als nur ein Ausdruck wehrhafter Demokratie. Es ist vor allem auch ein Zeichen für all die Opfer, deren Menschenwürde mit Füßen getreten wurde und auch noch immer wird. Wir dürfen nicht der Schuster sein, der diese Springerstiefel im Zuge der Parteifinanzierung auch noch ständig neu besohlt.

Auch wenn wir im Bundesrat ein wichtiges Zeichen gesetzt haben - und das, im Übrigen, über die Parteigrenzen hinweg - bleibt insgesamt ein bitterer Nachgeschmack.

Ich meine damit die Haltung der Bundesregierung, insbesondere die des noch amtierenden Innenministers und der Justizministerin. Mit dieser Form der Untätigkeit und des Zauderns bleibt sich die Bundesregierung zwar ihrer in den letzten vier Jahren praktizierten Linie treu. Im Kampf gegen den Rechtsextremismus ist sie aber ein verheerendes Signal.

Anrede,

wir sollten uns einmal in die Lage eines außenstehenden Beobachters versetzen:

In der Bundesrepublik Deutschland sind sich die Verfassungsorgane nicht



darüber einig, ob eine Partei, die seit Mitte der 60er Jahre existiert, die zur Zeit in zwei Landesparlamenten vertreten ist, und die erwiesenermaßen ausländerfeindlich, menschenverachtend und aggressiv agiert, verboten werden soll oder nicht.

Diesen Spiegel, liebe Kolleginnen und Kollegen der Bundesregierung, müssen Sie sich vorhalten lassen.

Wir alle wollen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger nach demokratischen Werten leben, ihre Kinder in diesem Sinne erziehen:

Nächstenliebe, Toleranz, Mitmenschlichkeit.

Es ist ein Armutszeugnis für diese Bundesregierung, dass sie sich bei der Frage eines NPD-Verbotsverfahrens weg duckt. Wie, meine verehrten Damen und Herren, sollen wir den Bürgerinnen und Bürgern das erklären?

Der NPD ist unsere Verfassung nichts, aber auch gar nichts wert. Das will ich Ihnen an zwei Zitaten exemplarisch verdeutlichen:

1. "Neger haben Intelligenzquotienten, der liegt vom schwachsinnigen Deutschen bis zum Normaldeutschen" (Jürger Rieger, stellv. Parteivorsitzender, inzw. verstorben)
2. "Europa ist das Land der weißen Rasse und es soll es auch bleiben" (Udo Pastörs, stellv. Bundesvorsitzender und Abgeordneter in Mecklenburg-Vorpommern)

Diese Worte sind nicht im stillen Kämmerlein, nicht hinter verschlossenen Türen gefallen. Sie sind in frei zugänglichen NPD-Publikationen so formuliert worden.



Meine sehr verehrten Damen und Herren,
wir leben hier in einem Rechtsstaat. Solche Äußerungen können und dürfen wir nicht hinnehmen.

Viele stellen in diesem Zusammenhang die Frage: Ist unsere Demokratie in Deutschland nicht stark genug, um den Rechtsextremismus mit guten Argumenten statt mit Verboten zu bekämpfen?

Ich sage: Selbstverständlich haben wir mehr als genug vernünftige Argumente, um uns auf intellektueller Ebene gegen diese braune Brühe durchzusetzen.

Ich frage aber auch: Wie helfen diese Argumente unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die auf der Straße direkt angegriffen und diskriminiert werden?

Gute Argumente haben; über den Dingen stehen - das hilft in den seltensten Fällen gegen Baseballschläger, Schlagring und Springerstiefel. Wir müssen denjenigen, die den geistigen Nährboden dafür liefern, die Grundlage für ihr schäbiges Handeln entziehen.

Mit dem Verbot zerschlagen wir bestehende Strukturen. Wir entziehen der einzigen rechtsextremistischen Partei, die bundesweit aktionsfähig ist, ihre organisatorische Basis.

Ein Verbot ist natürlich nur ein Baustein im Kampf gegen den Rechtsextremismus - aber ein Entscheidender.



Anrede,

für mich ist klar: Rechtsextremismus muss auf allen Ebenen bekämpft werden. Jeder muss aktiv seinen Beitrag leisten, wo und so gut er kann. Es reicht nicht aus, über Demokratie zu reden. Man muss sie leben und für sie eintreten.

Wir im Bundesrat sind in beeindruckender Geschlossenheit dieser Verantwortung nachgekommen.

Ich erwarte, dass auch die Bundesregierung und der Bundestag klar Flagge zeigen und unseren Antrag beim Bundesverfassungsgericht aktiv unterstützen.

Nicht, weil sie uns für ein erfolgreiches Verbot unterstützen müssen. Sondern weil uns allen das unsere Demokratie wert sein sollte.

Herzlichen Dank.